

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Gebote (bei uns) monatlich 4.00 Mark; bei der Post bestellbar vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erhalten wertlos.

Bezugspreis: Die Abgabeposten (Postzeit oder deren Äquivalent) sind zu zahlen aus Auer und dem Bezirk Erzgebirge 1.00 Mark, aus dem Bezirk Anzeiger 1.00 Mark, aus dem Bezirk Anzeiger 1.00 Mark. Bei größeren Abbestellungen empfindlicher Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 10 Uhr vormittags.

Telefon: 11. Anruf Nr. 33. Telegramm: AuerTageblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908.

Nr. 302

Donnerstag, den 29. Dezember 1921

16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem die Warenausfuhrbewilligung von der Zurverfügungstellung des Ausfuhrwertes in Auslandswährung abhängig gemacht werden soll.

Nach einer Meldung des Pariser Temps sind zum 1. Januar weitere sieben Abignongefangene deutscher Herkunft begnadigt worden. (Eine amtliche Bestätigung lag bis heute früh in Berlin noch nicht vor.)

Die beim Balkan neuerdings unternommenen frankösischen Schritte zur Schaffung eines eigenen Bistums für das Saargebiet haben vom Heiligen Stuhl eine definitiv ablehnende Antwort erfahren.

Die holländische Industrie fordert Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit unglücklicher Wäluung.

Die Wirtschaftskonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage der Währungsbestimmung in Lebensburg. Die Billigkeit der Vorrichtung des Ausschusses der Generale wegen der Uebergabe des Gebietes an Ungarn am 1. Januar.

### Das Problem Rußland.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zwischen Lloyd George und Briand die Pläne zur Erschließung Rußlands gezielte Beachtung angenommen haben. Der Standpunkt der Verbändsmächte ist etwa folgender: Durch Waffengewalt hat der Bolschewismus nicht überdauern werden können. Er ist im Grunde die Staatsform der Verzweiflung und der Verelendung. Eine wirksame Bekämpfung oder doch Schwächung des Bolschewismus ist nur durch Wiederaufbau Rußlands an die Weltwirtschaft zu erzielen. Dadurch wird gleichzeitig Osteuropa als Absatzgebiet wieder gewonnen und der Reichtum des Landes in den Dienst der Weltwirtschaft gestellt. Westeuropa ist wegen mangelnder Erfahrung in russischen Wirtschaftsverhältnissen und auch wegen seiner starken Wäluung nur wenig geeignet, die Erschließung Rußlands durchzuführen. Deutschland ist seinem Wesen nach den osteuropäischen Völkern näher verwandt, bildet außerdem räumlich die Pforte zu den slavischen Völkern und steht endlich mit dem Kurse seiner Wäluung auf der Wäluung der fürchtbar entwerteten Sowjetwäluung. Vorläufig wird dieser Gedanke in die Form gefaßt, daß der Verkehr des Dollars mit dem Rubel nur durch den Dolmetsch Markt möglich sei.

Am zweiten Tage der Londoner Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand ließ es, daß in den wichtigsten Fragen, besonders über das russische Problem, tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staatsmännern zutage getreten seien. In Frankreichs Verehrerschaft, mit Sowjetrußland in irgendwie geartete Beziehungen zu treten, ist noch rechtungen Datum. Der Meinungsunterschied scheint durch die Zustimmung der Sowjetregierung entstanden zu sein, die russischen Vorkriegsschulden anzuerkennen. Lloyd George, der mit der Baverlässigkeit der Moskauer Regierung eigentlich keine guten Erfahrungen gemacht hat, gibt sich den Anschein, als vertraue er auf das von der Deutschen Regierung gegebene Versprechen. Er wird dann wahrscheinlich auch — trotz aller gegenteiligen Erfahrungen — nochmals der russischen Zustimmung trauen, sich jeder weltrevolutionären Propaganda außerhalb der Grenzen Sowjetrußlands zu enthalten. Die Gründe, die Lloyd Georges Verhalten bestimmen, sind offensichtlich folgende: Da die Weltwirtschaft zu Rußland die Gefahr des Bolschewismus für die innerasiatischen Interessengebiete Englands nicht beseitigt hat, soll ein Freundschafts- und Bündnisverhältnis den Zweck erreichen. Die Befestigung der für die britische Industrie und den britischen Kohlenbergbau gefährlichen deutschen Konkurrenz kann ohne schädliche Nebenwirkungen nur erfolgen, wenn der deutsche Warenstrom in Gebiete abfließt, in denen England zur Zeit kein oder nur ein geringes Interesse hat. Diese Gebiete sind — außer der französisch-belgischen Kriegszone — das weite russische Reich zwischen Dnjepr und Ural. England hat erkannt, daß die Finanzansprüche des Verbandes an Deutschland auf das Konto dubiose Schulden gehören. Diese Ansprüche sollen dadurch nutzbar gemacht werden, daß einer der verloren gegangenen osteuropäischen Märkte wieder aufnahmefähig gemacht wird. Gelingt das Experiment, so werden die Verbändsmächte die

Gründe für sich einheimen; gelingt das Experiment aber nicht, so ist damit nicht viel verloren. Unter allen Umständen aber würde Deutschland, wenn es sich zum Aufbruch in Rußland mißbrauchen ließe, in den Augen des russischen Volkes als der Scherge organisierter westeuropäischer Profittier erscheinen. Die sachlichen Schwierigkeiten und mehr noch der strapallose Jhntismus der Moskauer Machthaber werden dafür sorgen, daß der Plan mißlingt. Für Deutschland droht, wenn es zu der hier skizzierten Rolle verurteilt werden sollte, nicht nur ein schwerer wirtschaftlicher Ueberlast, sondern obendrein noch eine neue bolschewistische Propagandawelle. Wir sind zu elend und zu abhängig, um aufstehende Projekte ungesehen abzulehnen. Wir müssen aber mit scharfen Augen prüfen, ob die ansehend geplante Lösung des russischen Problems nicht eine der größten von den vielen Torheiten ist, die in der Nachkriegszeit begangen worden sind.

### Ein Eisenbahnerstreik?

#### Ein Ultimatum der rheinischen Bezirke.

Die Strecken der Eisenbahnen hat sich vergrößert. Der Bezirksvorstand des rheinischen Eisenbahnverbandes in den Eisenbahndirektionsbezirken R.N. Elberfeld und Essen hat, wie im Auer Tageblatt schon gestern kurz gemeldet wurde, beschlossen, der Eisenbahnverwaltung ein Ultimatum zu stellen, das gestern nachmittag um 2 Uhr ablaufen sollte. Die Eisenbahner verlangen einen Fortschritt für männliche Belegschaften von 1000 Mark und einen solchen für weibliche und ledige von 750 Mark. Die Forderung unter den Eisenbahnern ist insbesondere auch hervorgerufen durch die Nachricht, daß 20 000 Arbeiter bei der Eisenbahn entlassen werden sollen. In Elberfeld sollen bereits Teilstreiks in den Werkstätten ausbrechen sein. Wie aus Kreisen der Eisenbahnorganisationen verlautet, rechnet man dort mit großer Wahrscheinlichkeit damit, daß sich der Streik auf das ganze Reich ausbreiten werde, denn in dem Augenblick, wo in einem Bezirk des Rheinlandes gestreikt wird, ist die Kohlenzufuhr nach Mitteldeutschland vollständig gesperrt. Gegenüber einer Korrespondenzmeldung, daß im Handwerker- und Arbeiterstande der Reichseisenbahnverwaltung schon in nächster Zeit eine Verzögerung von 20 000 Köpfen eintreten soll, hören die B. P. N. an zuständiger Stelle, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß die Reichseisenbahn beabsichtige, von heute auf morgen 20 000 ihrer Arbeiter auf die Straße zu setzen. Wichtig sei nur, daß die Reichseisenbahnverwaltung sich bemühe, eine planmäßige Verminderung ihres Personalstandes durchzuführen, wobei Härten vermieden werden sollen.

#### Verlängerung des Ultimatum bis Freitag.

Im Reichsverkehrsministerium wird erklärt, daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den Eisenbahnern infolge des wilden Streiks abgebrochen werden müssen. Auf Antrag des Reichsverkehrsministers wird das Reichskabinett in einer besonderen Sitzung sich mit der Eisenbahnerbewegung beschäftigen, da durch die Arbeitsüberlegung in Westdeutschland auch die Kohlenzüge an die Entente stark gefährdet werden. Das Reichsverkehrsministerium steht jedoch auf dem Standpunkte, daß die Forderung unbedingte fest bleiben und die pöbliche Forderung der westdeutschen Eisenbahner ablehnen müsse. Es seien Vorbereitungen getroffen worden, um den Kohlentransport der Entente nötigenfalls durch andere Kräfte bewältigen zu lassen. Im Ministerium ist man weiter der Meinung, daß diejenigen Eisenbahner, die in dieser kritischen Periode das Reich durch neue Streiks in außenpolitische Verlegenheit bringen könnten, die ersten sein müßten, die bei der bevorstehenden Verminderung des Eisenbahnpersonals um 20 000 Köpfe in Betracht.

Weiter wird hierzu noch gemeldet: Das Ultimatum der westdeutschen Eisenbahner, das gestern nachmittag um 2 Uhr abgelaufen war, wurde auf Veranlassung der nach Elberfeld einfindenden Vorstandsmitglieder des deutschen Eisenbahnverbandes bis Freitag mittag verlängert, nachdem das Reichsverkehrsministerium weitere Verhandlungen zugesagt hat. Mit der drohenden Bewegung der westdeutschen Eisenbahner, die neue Eindrungen des Wirtschaftslebens in nahe Aussicht rückt, beschäftigte sich gestern auch das Reichskabinett. Man einigte sich schließlich dahin, dem Reichsverkehrsministerium die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen mit den Staatsbediensteten zu geben. Die Verhandlungen werden heute im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt.

### Die neue Umsatzsteuer.

#### Inkrafttreten am 1. Januar.

Die Verhandlungen des Reichstages über eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz können wahrscheinlich erst im Laufe des Januar zum Abschluß gebracht werden. Der 11. Ausschuss des Reichstages hat in der ersten Lesung dem Vorschlag der Regierung, die erhöhte Umsatzsteuer mit Wirkung ab 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, zugestimmt. Hinsichtlich der Steuerhöhe steht noch nicht fest, ob der Satz auf 2 Prozent, wie der Ausschuss des Reichstages in erster Lesung beschlossen hatte, oder auf 2 1/2 Prozent, wie die Reichsregierung vorgeschlagen hat, erhöht wird. Sollte das Gesetz am 1. Januar 1922 in Kraft treten, so wird von diesem Zeitpunkt ab auch die Ausfuhr der Umsatzsteuer unterworfen sein, gleichgültig, ob die Gegenstände unmittelbar am Auslande oder an einen Ausfuhrhändler geliefert werden. Nur diejenigen Lieferungen, die der Ausfuhrhändler seinerseits ohne vorherige Ver- oder Verarbeitung im Auslande vornimmt, sind unter bestimmten Formvorschriften von der Umsatzsteuer befreit. Eine Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht der Ausfuhr wird bis zu einem noch zu bestimmenden Termin nur gewährt, wenn der Befreier nachweist, daß der Vertrag über die Lieferung an das Ausland vor dem 1. Januar 1922 mit fester Preisvereinbarung abgeschlossen ist. Weiter werden dann vom 1. Januar 1922 ab die ersten Umsätze nach der Einfuhr grundsätzlich steuerpflichtig. Ausgenommen hiervon werden wahrscheinlich sein: Lebensmittel und Futtermittel, sowie eine Anzahl für die Industrie notwendige Rohstoffe und Halbfabrikate erster Ordnung, z. B. Kupfer, Zinn, mineralische und pflanzliche Öle und Fette, Textilien, Zellstoffe, Gärne u. a.

### Ein deutsch-polnisches Gesamtabkommen?

Der Vertreter der Dena hatte eine Unterredung mit dem polnischen Bevollmächtigten für die oberschlesischen Verhandlungen Minister Dismowski. Eingehend äußerte sich der Minister über die Lebensmittelfrage und über ein zukünftiges deutsch-polnisches Gesamtabkommen. Er wies auf den Gegensatz hin zwischen der deutschen und polnischen Auffassung über die Bedeutung des Wortes der Genfer Entscheidung natürliche Ergebnisse, die 15 Jahre lang von Deutschland vollstreckt nach Polnisch-Schlesien zu exportieren sind. Würde der Schiedspruch zugunsten Deutschlands ausfallen, so würde für die polnisch werdende oberschlesische Bevölkerung die Milch- und Fleischlieferung ausfallen. Ueber ein künftiges deutsch-polnisches Gesamtabkommen sagte der Minister wahrlich: Nach den Verhandlungen über die Genfer Entscheidung werden große Verhandlungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung einsetzen, um die gesamten Verhältnisse auf eine normale Stufe zu stellen. Vorarbeiten zu dieser Verhandlung sind schon geleistet. Das Programm ist schon festgestellt und man ist sich darüber zwischen Deutschland und Polen bereits einig. Das Programm zählt nicht weniger als 23 Probleme auf, die es zwischen Deutschland und Polen zu lösen gilt. Es sind nicht nur Probleme wirtschaftlicher Natur. Diese Verhandlungen werden zwischen Berlin und Warschau geführt ohne Beteiligung eines neutralen Schiedsrichters. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis haben und das Gesamtverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der polnischen Republik ordnen werden.

### Zur Regelung der deutsch-tschechischen Frage.

Auf eine Anfrage des tschechischen liberalen Blattes Tribuna über die Regelung der deutsch-tschechischen Frage erklärte Universitätsprofessor Dr. Bidlo, es ließe nur ein Ausweg: die deutsche Zurechtstellung schwächen und verringern durch die Ausschließung des überzähligen deutschen Elements aus dem tschechoslowakischen Staat, also eine Amputation des tschechischen Gebietes. Unser verhältnismäßig kleiner Staat fränkt an der allzu großen Zahl der Deutschen, insbesondere im Hinblick auf das große Deutsche Reich. In unserem Staate sind genug große Gebiete, die fast ausschließlich von Deutschen bewohnt werden und von denen man infolge der wirtschaftlich untergeordneten Bedeutung nicht behaupten kann, daß sie das Ziel der Einwanderung der tschechischen Bevölkerung aus dem innersten Bande bleiben. Es sind die schon aus dem 16. Jahrhundert manche sogar schon früher deutschen Gebiete. Die könnte man verschmerzen. Durch diese Amputation würde un-